

ANTRAG

der Fraktion „DIE LINKE“

vom 19.01.2009

**An den
Vorsitzenden des Kreistages Offenbach
Kreistagsbüro**

im Hause

Kein weiterer Ausverkauf öffentlichen Eigentums

Der Kreistag möge beschließen:

Für Investitionen in Infrastruktur oder andere öffentliche Vorhaben werden keine weiteren PPP-Projekte, Cross-Border-Geschäfte, oder andere private Beteiligungen durch den Kreis Offenbach durchgeführt.

Begründung:

Die Auseinandersetzung mit den bereits im Landkreis Offenbach durchgeführten PPP-Projekten (Öffentlich Private Partnerschaft) hat gezeigt, dass die Wirtschaftlichkeit dieser Projekte heftig umstritten ist.

Wie jetzt im Rahmen der Finanzkrise offenbar wird, haben sich viele Kommunen durch Cross-Border-Geschäfte in den Ruin getrieben. Die Risiken der PPP-Verträge sehen wir durchaus in einem ähnlichen Kontext wie seinerzeit die Cross-Border-Leasing-Projekte.

Auch hier handeln die herrschenden Parteien über die „unwissenden“ Köpfe der meisten Parlamentarier hinweg Projekte aus, die zu jahrzehntelangen Verpflichtungen führt, Zahlungen zu leisten, ohne eine Garantie zu haben, ob die bezahlten Leistungen über die Dauer der Laufzeit überhaupt erbracht werden. Die handelnden Akteure unterwerfen sich der Schweigepflicht, zum Nachteil jeglicher parlamentarischer Kontrolle. Tausende Seiten von Verträgen und Geheimgesprächen unterlaufen jegliche parlamentarische Einflussmöglichkeit, zumal der „einfache“ Kreistagsabgeordnete dem Wissens- und Argumentationsvorsprung der „Kenner der Materie“ völlig ausgeliefert ist.

Die PPP-Projekte sind das beste Beispiel dafür, wie nachhaltige Politik nicht aussehen darf.

Per Oldehaver
Fraktionsgeschäftsführer
DIE LINKE im Kreistag Offenbach